

## **Rede auf der Demonstration gegen Studiengebühren**

Der Protest gegen die Studiengebühren muß Argumente vorbringen, die den Eindruck widerlegen, in dieser Gesellschaft Privilegierte wollten einen weiteren Vorteil ergattern und von dem verallgemeinerten Abkassieren an Arbeitslosen, Rentnern, 'Geringverdienern' u.a. ausgenommen werden. Nicht zuletzt einem Hartz IV-Empfänger gegenüber muß der Protest gegen Studiengebühren sich rechtfertigen.

### **Was sind Studiengebühren? Was ist ihr Begriff?**

Dem Studium heftet die Staatsgewalt einen Geldwert an. Wer diesen Geldwert nicht zahlt, wird vom Studium ausgeschlossen. Damit verwandelt der Staat das Studieren in eine mit einem Geldwert unauflöslich verknüpfte Handlung, in eine vom Studierenden zu bezahlende und von der Universität verkaufte Dienstleistung. Was bezweckt der Staat damit? Die von den staatsbeseelten Wissenschaftsmanagern erteilte Auskunft lautet: *So* soll das Studieren effizienter werden. Doch es fragt sich: Was ist das Kriterium dieser Effizienz? Wie wird solcherart Effizienz gemessen? Auf welches Ziel hin soll das Studium effizienter werden? Und - für wen?

Der Staat krempelt die Universitäten um. Wissenschaft und Ausbildung sollen als Waffe in der Standortkonkurrenz dienen und hierfür effektiviert werden. Dazu werden Finanzierungshebel in die Universitäten eingepflanzt. Einer davon sind die Studiengebühren. Nun beabsichtigt der Staat, die Anzahl der Studierenden pro Jahrgang auf 40 % anzuheben - gemäß den angelsächsischen Vorbildern. Nach der vorherrschenden Meinung, wie denn die kapitalistische Grundrechnungsart funktioniere, scheint es allerdings paradox zu sein, eine Ware oder eine Dienstleistung zu verteuern und zugleich mehr davon haben zu wollen, also einerseits das Studieren zu einer immer teurer zu bezahlenden Dienstleistung zu machen und andererseits die Nachfrage nach dieser Dienstleistung anzuheben, d.h. mehr Studierende auszubilden. Doch genau dies soll gehen! Wie aber?

Mit den Studiengebühren erschließt der Staat für sich und seine Universitäten eine neue *Einnahmequelle*. Um diese zusätzlichen Gelder (damit um zahlende Studierende) sollen die Universitäten konkurrieren - eben als *Anbieter* der Dienstleistung 'Studieren plus zertifiziertem Abschluß'. Die Konkurrenz kann nur stattfinden, wenn die Dienstleistungen der diversen Universitäten durch ein gemeinsames Maß vergleichbar gemacht werden. So wird den Dienstleistungen eine - wie immer auch fiktive, weil erst in der Zukunft, wenn überhaupt, überprüfbare - Maßgröße zugeordnet, nämlich wieviel der zertifizierte Abschluß der Universität X wert ist - wert ist für die *Abnehmer* der akademisch qualifizierten Arbeitskraft. Der Staat installiert die Konkurrenz und setzt sie als Stachel ein, um die Universitäten (die *Angebots*-Seite) zu zwingen, das Verhältnis von Studiengebühren und Wert-Haltigkeit des Abschlusses zu optimieren. Die Absenkung der staatlichen Grundfinanzierung der Universitäten verhilft dem Stachel zu potenziertter Wirkung.

Den Studierenden, den *Nachfragern* der Dienstleistung, wird durch das System von Studiengebühren zunächst der *Glaube* implantiert, sie kaufen eine für sie nützliche Dienstleistung. Der für einen zertifizierten Studienabschluß zu zahlende Preis sei ins Verhältnis dazu zu setzen, was dieser Abschluß *für sie* leiste, wobei diese 'Leistung' daran gemessen werden könne, wie er sich (in über dem Durchschnitt liegenden Gehältern) auszahlen werde. Die Studierenden sollen es sich so vorstellen, als ob sie eine gewisse Summe in sich selbst investierten, wodurch ihr Selbst als "Humankapital" imaginiert wird. Die Studiengebühren, gedacht als Investition, sollen sich rentieren, d.h. um ein Plus vermehrt zurückkommen. Damit wird das Studium unter das Regulativ gestellt, die Rentabilität einer investierten Geldsumme nicht zu gefährden. Die Studiengebühren erzeugen aber nicht nur die ideologische Vorstellung, das Studieren müsse unter Rendite-Kriterien betrachtet werden, sondern sie installieren durch die Verteuerung der Studienzzeit schlicht auch einen ebenso kruden wie dumpf wirksamen Sachzwang. Der im Laufe des Studiums sich anhäufende Schuldenberg - der stumme Zwang der neuen Studienverhältnisse - weist die Studierenden an, schnell zu studieren, keine Umwege sich zu leisten, sich an das "Prüfungsrelevante" zu halten und allem "Luxus" - wie: eine Wissenschaft um ihrer selbst, um der Wahrheit der Erkenntnisse willen zu studieren, oder: Wissenschaft mit Aufklärung als dem Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit zu verknüpfen - zu entsagen. Aus einem den Studierenden angedrehten Eigeninteresse heraus sollen sie selbst ihr Studium rationalisieren.

Ist bei den Studierenden das Interesse implantiert, die eigene akademische Arbeitskraft mittels des zu kaufenden Studiums in ein rentierliches "Humankapital" zu verwandeln,

wird dieses Interesse auf das Universitätsangebot in spezifischer Weise rückwirken. Die Studierenden werden nämlich bei der eingekauften Dienstleistung darauf achten, daß sie für jenen Renditezweck taugt: Praxisnah und praxisrelevant muß die angebotene Dienstleistung sein, sie muß zu einer akademisch gerüsteten Arbeitskraft qualifizieren, die auch gebraucht wird. Soweit zum Begriff der Studiengebühren, zu ihrer Hebelwirkung, qua Geldzwang eine marktgerechte Ausbildung an den Universitäten zu installieren, und zu ihrer ideologischen Funktion, die Rationalisierung des Studierverhaltens (gut, schnell, gradlinig) aus Eigeninteresse voranzutreiben.

### **Was spricht gegen die Einführung von Studiengebühren?**

Bildung und Wissenschaft, betrachtet man sie zunächst unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form, sind spezifische Manifestationen menschlicher Einbildungskraft und menschlicher Arbeit, sind aber keine Waren; die produktive Aneignung von Bildung und Wissenschaft, also das Studieren, ist genausowenig das Kaufen einer Dienstleistung. Erst in einer Gesellschaft, in der der Wert herrscht, werden Bildung und Wissenschaft in analogiam zu einer Ware gemacht, indem ihnen ein Geldwert - künstlich und gewaltsam - angeheftet wird. Figurieren Bildung und Wissenschaft als Waren - wenn auch als solche in analogiam -, kann das Studieren als Investition ins eigene "Humankapital" aufgefaßt werden, ein Kapital wiederum in analogiam und vor allen Dingen nicht für denjenigen, der sich dünkt, auf einmal ein investierender Kapitalist geworden zu sein. Dieses Zur-Quasi-Ware-Machen, dieses ebenso verquere wie trügerische Kalkulieren mit einer zu erzielenden Rendite für die "Bildungsinvestition" ins eigene Selbst ruiniert den Gebrauchswert von Bildung und Wissenschaft - was das Ruinieren anbetrifft in wahrlich strenger Analogie dazu, wie Warencharakter und Kapital die menschliche Arbeit überhaupt ruinieren und darüber hinaus die natürlichen Ressourcen und die Lebensbedingungen auf diesem Planeten, wobei das Ausmaß der Ruinierung bislang nur angedeutet sichtbar wird (Klimaänderung!). Deswegen ist es auch falsch, wenn der Eindruck entstände (und insbesondere vor einem Hartz IV-Empfänger sollte dieser Eindruck nicht entstehen!), als aufbegehrte der Protest gegen die Studiengebühren *lediglich bei der Bildung* gegen das Zur-Ware-Machen (das bei der Bildung ja nur von abgeleiteter und partiell auch eingebildeter Natur ist) - als sollte die Bildung - bitteschön! - eine Ausnahme von der Regel der kapitalistischen Warenproduktion bekommen. Resümierend gesagt lautet der erste Einwand gegen die Studiengebühren: Sie installieren für das Studieren eine phantasmagorische gesellschaftliche Form - Studieren als

käufliche Dienstleistung.

Das Zweite, was gegen die Studiengebühren spricht, ist, daß sie einen sozialen numerus clausus errichten. Mehr als bisher schon wird der finanzielle Hintergrund der Familie darüber entscheiden, ob jemand das Risiko eines Studiums sich leisten kann. Eine Chance wird nur derjenige aus den einkommensschwachen Schichten haben, der bereit ist, ein besonders hohes finanzielles Risiko zu gehen. Dies wird sich verhängnisvoll auswirken auf die gewählten Studienziele, das Studierverhalten, das soziale Verhalten an der Universität u.a. Was für die Studiengebühren im besonderen Bereich der akademischen Bildung gilt, gilt allgemein für das gesamte Bildungssystem in der kapitalistischen Gesellschaft. Dieses Bildungssystem ist in Wahrheit ein hochdifferenzierendes System eines umfassenden, alles durchdringenden sozialen numerus clausus. Bildung ist gerade nicht für alle da, sondern wird als Mittel benutzt, um Menschen auszulesen und auf die entsprechenden Positionen innerhalb der Hierarchie einer Klassengesellschaft einzusortieren. Mit der Einführung der Studiengebühren signalisiert der Staat, daß er das Studium nicht als eine von äußeren Zwängen befreite Zeit für Bildung ansieht, sondern als veranstaltete Konkurrenz im Streben nach höheren Positionen in der Klassengesellschaft, wobei dieses Streben verknüpft ist mit einem finanziellen Risiko, das um so größer ist je niedriger die soziale Herkunft. Wer aufsteigen will, muß investieren, muß etwas riskieren. Hat er es dann geschafft, dünkt es ihm, als habe er seinen Aufstieg sich individuell verdient und könne deswegen dann Verantwortung übernehmen für die von der Bildung ausgeschlossenen und ausgeschlossen bleibenden sozialen Schichten.

Was also spricht gegen die Einführung von Studiengebühren? Bildung bekommt eine im Wortsinn verkehrte gesellschaftliche Form aufgenötigt. Von ihrem Begriffe her widerstreitet Bildung der Privatisierung und der Instrumentalisierung für die Vermehrung des Geldes. Denn: "Was einer im Reiche der Wahrheit erwirbt, hat er allen erworben" (Schiller). Die ins Werk gesetzte Transformation von Bildung in ein Selektionsmittel ist der Bildung nicht immanent, sondern muß ihr oktroyiert werden. Ein solcher Oktroi, wenn er ihren Geist nicht zu töten vermag, provoziert dessen Widerstandskräfte.

Zum Schluß ein Versprechen: Der Senat der Universität hat für den Fall, daß das Quorum erreicht wird, den Präsidenten aufgefordert, die Exmatrikulation von 3 000 Studierenden nicht zu exekutieren. Es ist hochgradig unsicher, ob der Präsident sich an das Votum des Senats halten wird. 3 000 boykottierende Studierende, das sind die besten und engagiertesten Studenten dieser Universität. Die Carl von Ossietzky Universität kann auf 3 000 in

diesem Sinne exzellente Studierende nicht verzichten. Diese 3 000 Studierende sind wichtiger als *ein* Präsident. Sollte der Präsident sich anschicken, diese 3 000 Studierende zu exmatrikulieren, werden die Hochschullehrer der Linken Liste im Senat den Antrag stellen, den Präsidenten zu exmatrikulieren.